VA 18.12.18

# „Bei mir schrillen alle Alarmglocken“

**Mit einem offenen Brief wendet sich der Generalintendant des Theaters Plauen-Zwickau, Roland May, an die Plauener Stadträte. Es geht um den Kulturpakt, den Grundlagen- und Gesellschaftsvertrag.**

**Plauen** – Als eine einmalige Chance, endlich die Haustarife für viele Theaterbelegschaften in Sachsen zu beenden, so auch für das Theater Plauen-Zwickau, bezeichnet May den von der Landesregierung initiierten Kulturpakt. Neben den finanziellen Aspekten stünden gegenwärtig jedoch auch die Ausgestaltung der Arbeit/Freizeit und der Kündigungsschutz im Focus der Kollegen, merkt May an. Die Gesellschafter beider Städte Plauen und Zwickau sollten alles dafür tun, dass sich die Situation für die Beschäftigten spürbar verbessere.

In der Debatte der vergangenen Wochen sei aus Sicht Mays „leider eine Verengung des öffentlichen Diskurs-Raumes zu konstatieren.“ Seit kurzem erst werde öffentlich über ein komplexes Zukunftsthema debattiert, das weitreichende Folgen für die Stadtentwicklungen von Plauen und Zwickau haben könnte.

May zeigt sich davon überzeugt, dass eine Veränderung der Stimmenverhältnisse in den Gremien zu Ungunsten Plauens Probleme für die Beziehung beider Städte in sich berge.

Als besonders problematisch in der avisierten Gesellschafterversammlung sieht der Geenralintendant die Beschlussmöglichkeit für die Zustimmung zu einer wesentlichen Veränderung des Unternehmens ohne Vetomöglichkeit aus Plauen. Spartenerößnungen, aber auch Spartenschließungen sind damit möglich, bezieht sich May auf einen erfahrenen Theateranwalt. Voraussetzungen dafür wären im Aufsichtsrat Beschlüsse über den Wirtschafts- und damit Personalplan ab 2020 im Stimmenverhältnis 7 zu 3. Von Streichungen freier Stellen, Spartenschließungen bis weiterer Orchesterreduzierung: Alles könnte ohne Vetomöglichkeit von Plauen angegangen werden. Diesen Maßnahmen auf dem Fuße könnten weitere Reduzierungen des Personalbestandes in den Abteilungen und Gewerken folgen, fürchtet May. Und: Ab Mitte 2021 könnte ein mit eventueller Zwickauer Mehrheit berufener neuer Intendant/in mit Geschäftsführerbefugnis Nichtverlängerungen wegen Intendantenwechsels durchführen, ohne entsprechende Stellen neu zu besetzen. Bei allen Maßnahmen würden Abfindungen fällig werden, die jedoch bei den dann künftig eingesparten Mitteln problemlos finanziert werden könnten, wenn nicht sogar hierfür Mittel aus Dresden fließen würden. Der Kulturpakt als Ausgangspunkt von Abwicklungen – das wäre eine fürwahr bittere Pointe, so May.

„Bei mir schrillen alle Alarmglocken, wenn Kulturbürgermeister Meyer aus Zwickau gegenüber Theatermitarbeitern von großem Einsparpotential und im Stadtrat von ‚Verschlankung‘ spricht und die Zwickauer AfD die Fragen angehen möchte, ob eine Sparte weniger oder Reduzierungen im Orchester kommen sollten. Fakt ist, dass die künftigen Stadträte beider Städte eventuelle Strukturentscheidungen treffen könnten und nicht in erster Linie die beiden Oberbürgermeister, deren Bekenntnisse zum Theater Plauen-Zwickau wir alle in den vergangenen Tagen zur Kenntnis genommen haben.“

Die von der Stadtspitze Plauen für den Konfliktfall in Aussicht gestellte Kündigung des Grundlagenvertrages sei ebenfalls zu hinterfragen. Warum sollte von Zwickauer Seite eine Kündigung anerkannt werden für Gründe, die ja ausdrücklich vereinbart sind (z. B. Spartenschließungen)? Bei einer möglichen Insolvenz des Unternehmens stünde man dann in fast gleich großer Verantwortung.

„Fazit: Die Pläne für eine Theaterzukunft in unserer Region brächten eine spürbare Verbesserung bei den Einkommen der Belegschaft, sie sind jedoch unausgegoren und bergen Zündstoff für Konflikte im Strukturbereich, die auf den Bühnen von Plauen und Zwickau vielleicht nicht mehr zu überbieten wären.“ Eindringlich appelliert May an die Plauener Stadträte sich noch einmal aktiv an die Stadträte in Zwickau zu wenden. Die Mittel für den Strukturpakt sind beantragt. Grundlagenverträge sind in der Vergangenheit auch rückwirkend unterzeichnet worden, warum sollte das jetzt nicht möglich sein? Gemeinsam sollten Sie im Januar 2019 nach wirklich partnerschaftlichen Lösungen zum Wohle der Theaterkunst suchen.“